

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2315

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2315



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



ZÜRICH, 16.03.2019

WIRTSCHAFTSKONZEPT SP – EINE ANALYSE

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP hat 2018 ihr neues Wirtschaftskonzept für die Jahre 2019-2029 vorgestellt.¹ Das Ziel dieses Konzeptes ist es, so das von der SP publizierte Papier, die Schweizer Wirtschaft in den Dienst aller zu stellen.² Die Wirtschaft soll für Chancengleichheit sorgen, die gemeinsame Wohlfahrt fördern und unsere Lebensgrundlagen erhalten.³ Die SP fordert «eine Wirtschaft für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität».⁴

Die Positionen der SP sind in ihrer Gesamtheit als eher kontrovers anzusehen. Dies zeigt sich daran, dass die gemachten Forderungen unter den Genossen selbst zu Zerwürfnissen geführt haben.⁵ So bezeichnete beispielsweise der «rechte» Flügel der SP das Wirtschaftskonzept als absurd, masslos und fatal.⁶

Was hingegen in der Medienlandschaft vernachlässigt wurde, ist eine zumindest oberflächliche Analyse der spezifischen Massnahmen, welche vorgeschlagen wurden, um die von der SP propagierten Ziele zu erreichen. Bevor jemand Kritik oder Lob anbringen kann muss die Frage gestellt werden, ob die Forderungen der SP denn tatsächlich einen positiven Effekt auf das Wohl der Bevölkerung haben würden. Gute Absichten sind kein Garant für die Effektivität (geschweige denn Effizienz) von wirtschaftspolitischen Eingriffen in den Markt. Deswegen muss jede Diskussion einzig auf das zu erwartenden Resultat fokussiert werden.

Ziel dieser Analyse ist es dementsprechend, dem Leser die Wirkung der von der SP vorgeschlagenen Massnahmen stark vereinfacht vor Augen zu führen. Nur so ist es möglich einen informierten Entscheid darüber zu treffen, ob die Auswirkungen der von der SP gestellten

¹ Sozialdemokratische Partei, 'Neues Wirtschaftskonzept der SP Schweiz' (SP - Wir sind die Schweiz, 2018) <<https://www.sp-ps.ch/de/node/7302>> Zugriff am 24.12.2018

² Sozialdemokratische Partei, 'UNSERE WIRTSCHAFT - Vorschläge für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik 2019 – 2029' (SP - Wir sind die Schweiz, 2018) <https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/wirtschaftskonzept_d_def_0.pdf> Zugriff am 24.12.2018

³ ibid

⁴ ibid

⁵ Christof Vuille, 'SP streitet über ihr neues Wirtschaftspapier' (NAU, 22.08.2018) <<https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/sp-streitet-uber-ihre-neues-wirtschaftspapier-65401785>> Zugriff am 24.12.2018

⁶ Roger Braun, '«Völlig absurd, masslos, fatal»: Rechter Flügel der SP kritisiert Wirtschafts-Papier der Partei harsch' (Aargauer Zeitung, 03.12.2018) <<https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/voellig-absurd-masslos-fatal-rechter-fluegel-der-sp-kritisiert-wirtschafts-papier-der-partei-harsch-133790430>> Zugriff am 30.12.2018

Forderungen als positiv oder negativ zu werten sind.

1 Fokus

Das Wirtschaftspapier der SP in seiner Gesamtheit zu erfassen würde den Rahmen dieser Analyse sprengen. Zusätzlich würde es nicht nur eine Auseinandersetzung mit den ökonomischen Fragestellungen erfordern, sondern gleichzeitig einen Blick auf die subjektiven Absichten der SP als Partei bedingen. Diese wurden jedoch bereits in den Medien behandelt,⁷ und sind somit für das eigentliche Thema dieser Analyse unerheblich.

Dem Fokus dieser Arbeit liegen zwei einfache Fragestellungen zugrunde. Um sie zu beantworten sollen logische Handlungsabläufe zur Schau gestellt werden.

- Was für eine politische Massnahme will die SP gesetzlich erzwingen?
- Was sind die zu erwartenden Auswirkungen dieser Massnahme?

Diesbezüglich wird auf diejenigen Forderungen der SP zurückgegriffen, welche in den Medien als die für die Journalisten wichtigsten Punkte ihres Wirtschaftskonzepts vorgestellt wurden.⁸ Zusätzlich wird nur auf die Punkte eingegangen, welche sich am direktesten auf das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber beziehen.

Diese sind:

- Höchstarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche, statt wie bisher 50 Stunden (wobei das Endziel bei 35 Stunden pro Woche liegt)
- 6 Wochen Ferien für alle
- Schweizweiter Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde
- Verbot von Entlassungen von Angestellten über 55 mit mehr als 10 Dienstjahren

2 Grundsatzüberlegungen

2.1 Gehälter und Löhne

Weswegen bietet eine Unternehmerin Güter und Dienstleistungen an? Die Antwort liegt auf der Hand - sie will einen Gewinn erwirtschaften. Um dies zu bewerkstelligen muss sie, um sich gegen ihre Konkurrenten durchzusetzen, mehrere Bedingungen erfüllen. Es reicht nicht, so günstig wie möglich zu produzieren und Produkte so teuer wie möglich zu verkaufen. Sie

⁷ Roger Braun, 'Umstrittenes SP-Wirtschafts-Papier: Unrealistisch, aber erklärbar' (Aargauer Zeitung, 01.12.2018) <<https://www.aargauerzeitung.ch/kommentare-aaz/umstrittenes-sp-wirtschafts-papier-unrealistisch-aber-erklarbar-133790611>> Zugriff am 30.12.2018

⁸ 20 minuten, 'SP will 35-Stunden-Woche und sechs Wochen Ferien' (20 minuten, 22.11.2018) <https://www.20min.ch/schweiz/news/story/SP-will-35-Stunden-Woche-und-6-Wochen-Ferien-27576269>> Zugriff am 24.12.2018

muss sich gleichzeitig gegen andere Marktteilnehmer behaupten, welche ihr die Kundschaft abzugraben versuchen. Sie muss Waren von höherer Qualität zu einem günstigeren Preis anbieten, damit sie weiter bestehen kann.

Entsprechend wird jede Unternehmerin eine einfache Rechenabfolge durchführen. Sie wird Ausgaben und Einnahmen vergleichen und darauf achten, dass die Einnahmen die Ausgaben übersteigen. Ist dies nicht der Fall, macht die Unternehmerin Verlust. Macht sie über längere Zeit einen Verlust, wird ihre Firma in Konkurs gehen.

Auch Angestellte stellen für die Unternehmerin eine Ausgabe dar. Der Arbeitnehmer stellt seine Zeit nicht umsonst zur Verfügung, sondern will so gut wie möglich entlohnt werden. Und findet er irgendwo bessere Arbeitsbedingungen, wird er umgehend abwandern. Entsprechend wird auch hier eine einfache Rechenabfolge zum Zug kommen. Die Unternehmerin wird ausrechnen, wie viel Einnahmen sie durch den Mitarbeiter generieren kann. Der Lohn des Mitarbeiters muss zwangsweise unter den Einnahmen liegen, welche durch ihn zusätzlich generiert werden. Ist dies nicht der Fall, so erwirtschaftet die Unternehmerin Verlust und es erfolgt keine Anstellung.

Die Produktivität des Arbeitnehmers ist jedoch nicht allein durch seine Fertigkeiten und Erfahrung gegeben, sondern wird durch den Staat zwangsweise eingeschränkt. Heute sind 4 Wochen Ferien bei einer Vollzeitstellung gesetzlich vorgeschrieben; genauso wie eine wöchentliche Maximalarbeitszeit von 50 Stunden.

Nachdem die Realität als solche zumindest theoretisch erfasst wurde, ist es uns nun möglich die Rechenabfolge der Unternehmerin selbständig durchzuführen. Dies hinsichtlich eines neuen Mitarbeiters, welcher sich vor Kurzem um eine Stelle beworben hat.

Der Einfachheit halber wird davon ausgegangen, dass das Jahr 52 Wochen mit je 5 Arbeitstagen hat (andere Feiertage und anderweitige Abwesenheiten werden ignoriert). Unter der herrschenden Gesetzgebung wird der potenzielle Arbeitnehmer pro Jahr 48×50 Stunden, also 2'400 Stunden für die Firma tätig sein können.

In diesem hypothetischen Szenario wird davon ausgegangen, dass der Arbeitnehmer innerhalb dieser 2'400 Stunden Mehreinnahmen von CHF 100'000.00 generieren wird. Es folgt, dass der Lohn welchen die Unternehmerin entrichten kann notwendigerweise weniger als CHF 100'000.00 betragen muss.

Diese theoretische Obergrenze von CHF 100'000.00 ist jedoch nur ein Faktor, welcher den zukünftigen Lohn des Arbeitnehmers beeinflusst. Der zweite Faktor ergibt sich durch die Konkurrenz. Je günstiger der Arbeitnehmer bereit ist zu arbeiten, desto attraktiver wird er für die Konkurrenz, welche ihn selbstverständlich versuchen wird abzuwerben. Dies indem sie versuchen wird, ihm einen leicht höheren Lohn zu bezahlen als die Unternehmerin. Der einzige limitierende Faktor ist wiederum die Einnahmenobergrenze der Konkurrenz, sowie das Vorhandensein anderer Arbeitnehmer, welche die gleiche Tätigkeit für weniger Lohn durchführen können.

Der Lohn des Arbeitnehmers ist also abhängig von den generierten Mehreinnahmen, von der Anzahl anderer Arbeitnehmer, sowie der Anzahl existierender Konkurrenten.

Aufgrund dieses Modells können im nächsten Kapitel die vorgeschlagenen Lohnmassnahmen der SP einzeln beleuchtet werden.

2.2 Kündigungen

Weswegen kündigt die Unternehmerin einem Angestellten? Basierend auf den bisher erarbeiteten Überlegungen sollte die Antwort darauf zum jetzigen Zeitpunkt rasch gefunden sein. Könnte die Unternehmerin es sich leisten, einzig aufgrund des Geburtsdatums auf einen produktiven Arbeitnehmer zu verzichten? Die Antwort ist ein klares «Nein».

Die eigentlichen Gründe für Kündigungen müssen notwendigerweise die sich verändernden wirtschaftlichen Bedingungen sein, welche einen direkten Einfluss auf die Einnahmen und Ausgaben der Firma haben.

Was passiert, wenn die Unternehmerin feststellen muss, dass die Nachfrage nach einem von ihr produzierten Produkt plötzlich um die Hälfte gesunken ist? Die Einnahmen der Firma werden entsprechend sinken, was Entlassungen für das Überleben der Firma unumgänglich macht.

Würde die Unternehmerin sämtliche Angestellten weiterhin beschäftigen, würde erneut ein Verlust erwirtschaftet werden, welcher letztendlich im Konkurs der Firma enden würde.

Will die Unternehmerin sicherstellen, dass ihre Firma auf Veränderungen im Konsumverhalten der Kundschaft schnellstmöglich reagieren kann, muss sie nicht nur die Freiheit haben, neue Mitarbeiter nach Belieben einzustellen. In einem freien Markt ist die Möglichkeit des Misserfolges genauso gegeben wie die Möglichkeit eines Erfolges. Entsprechend muss auch in Betracht gezogen werden, dass Mitarbeitern bei schlechteren Ertragsergebnissen gekündigt werden kann.

3 Massnahmen der SP

3.1 Gehälter und Löhne

Wie im letzten Kapitel aufgezeigt kann der Arbeitnehmer momentan pro Jahr 2'400 Stunden für die Unternehmerin tätig sein. In dieser Zeit generiert er Mehreinnahmen von CHF 100'000.00.

Was würde also geschehen, wenn die geltenden Gesetze per Vorgabe der SP geändert würden? Die originäre Rechnung von 48 X 50 Stunden müsste angepasst werden. Neu könnte der Arbeitnehmer nur noch 46 X 35 Stunden für die Unternehmerin tätig sein. Dies entspricht neu 1'610 Stunden pro Jahr. Entsprechend hat der Arbeitnehmer durch die Massnahmen der SP gerade 32.91% seiner Arbeitszeit eingebüsst. Wendet man diese Reduktion 1:1 auf die generierten Mehreinnahmen an, so kann er im Jahr nur noch wenig mehr als CHF 67' 000.00 für die Unternehmerin erwirtschaften.

Wäre dies die einzige Forderung der SP, so läge die Lösung für dieses Problem auf der Hand.

Der Arbeitnehmer müsste, sofern sein Lohn vorgängig über CHF 67'000.00 lag, eine entsprechende Lohneinbusse in Kauf nehmen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die SP besteht nicht nur auf der erwähnten Produktivitätsreduktion, sondern verlangt gleichzeitig nach einem gleichbleibenden Lohnniveau.

Folglich hat die Unternehmerin nur zwei Optionen übrig. Um ihre Firma überlebensfähig zu halten muss sie den Arbeitnehmer entlassen (und durch Kapitaleinschüsse die Produktivität der übrigen Mitarbeiter erhöhen) oder die Preise für ihre Produkte entsprechend anpassen.

Die gleiche Logik muss auch hinsichtlich des von der SP verlangten Mindestlohns zum Einsatz kommen. Wie bereits vorgängig aufgezeigt kann ein Lohn nur dann entrichtet werden, wenn er unter den generierten Mehreinnahmen liegt.

Was geschieht also, wenn ein Arbeitnehmer weniger Mehreinnahmen für die Unternehmerin erwirtschaftet als der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn? Wiederum sieht sich die Unternehmerin mit den gleichen zwei Optionen konfrontiert. Entweder muss der Arbeitnehmer entlassen oder die Preise für die Produkte erhöht werden.

3.2 Kündigungen

Im letzten Kapitel wurde ebenso aufgezeigt, wie Vertrags- und Kündigungsfreiheit massgeblich beeinflussen, wie schnell einzelne Firmen sich auf veränderte wirtschaftliche Bedingungen einstellen können.

Was würde also geschehen, wenn einem über 55-jährigen Angestellten mit mehr als 10 Jahren Berufserfahrung nicht mehr gekündigt werden könnte?

Erneut wird die Unternehmerin eine rationale Entscheidung treffen müssen, welcher der Firma maximale Flexibilität im Falle einer negativen Wirtschaftsentwicklung ermöglicht. Abhängig von der Branche und der vorherrschenden Stimmung auf dem Markt kann es sein, dass ein entsprechender Angestellter ein zu hohes Risiko darstellt.

Durch den Kündigungsschutz wird ein 55-jähriger auf dem Arbeitsmarkt noch unattraktiver als seine jüngeren Konkurrenten. Ebenfalls hat ein Unternehmen bei einem 54-jährigen zum letzten Mal die Möglichkeit diesen zu entlassen bevor der Kündigungsschutz zu wirken beginnt.

Die Unternehmerin wird einen hohen Anreiz verspüren diejenigen Angestellten, welche kurz davor sind beide genannten Kriterien zu erfüllen, vorsichtshalber redundant zu machen. Ergibt es Sinn sie durch neue Angestellte zu ersetzen, welchen notfalls gekündigt werden kann, wird dies die notwendige Folge sein.

4 Gesamtwirtschaftliche Folgen

Die im letzten Kapitel aufgezeigten Konsequenzen beziehen sich auf die einzelnen Angestellten. Jedoch ist zu bedenken, dass die Forderungen der SP gesamtwirtschaftliche

Konsequenzen haben werden, welche aus den Handlungen der involvierten Akteure entstehen.

4.1 Gehälter und Löhne

Wie steht es also um die vorgeschlagene Reduktion der Arbeitszeit, in Verbindung mit zwei Wochen mehr Ferien? Wie bereits erwähnt, ist eine Lohnreduktion im Rahmen der gesunkenen Produktivität nicht möglich. Versucht die Wirtschaft die entstandenen Einkommenseinbussen anderweitig einzusparen, so kann dies nur durch Ausgabenreduktionen in anderen Bereichen stattfinden. Sei es indem Lohnnebenleistungen gestrichen werden, bei der Arbeitssicherheit eingespart wird, Qualitätsstandards gesenkt oder ähnliche Massnahmen ergriffen werden.

Da jedoch die Einbusse von möglicherweise über 30% an Arbeitszeit als massiv angesehen werden muss ist eher oder gleichzeitig mit einer Erhöhung der Preise zu rechnen. Da die Forderungen der SP sich nicht auf eine einzelne Branche beziehen darf daher mit Preiserhöhungen in einer Vielzahl (wenn nicht sämtlichen) Sektoren gerechnet werden.

Dies würde zur Folge haben, dass die Bevölkerung mehr Freizeit geniessen kann. Jedoch hätte man gleichzeitig höhere Ausgaben für die Güter des täglichen Gebrauchs zu verbuchen. Kostete der Restaurantbesuch bisher CHF 100.00, so müsste man nunmehr im schlimmsten Fall CHF 130.00 dafür berappen. Das gleiche gilt für sämtliche Konsumgüter des täglichen Gebrauchs.

Es ist unschwer zu erkennen, dass besonders einkommensschwächere Bevölkerungsschichten von diesen Folgen am stärksten betroffen wären.

Hinsichtlich des vorgeschlagenen Mindestlohns sind die Folgen nicht minder arg. Wiederum ist es ersichtlich, dass diese Massnahme vor allem die bildungsschwächeren Bevölkerungsschichten treffen würde (also Jugendliche, Migranten, usw.). Ärzte, Anwälte und Chemielaboranten werden von einem Mindestlohn von CHF 22.00 kaum betroffen sein.

In einem hart umkämpften Markt, welcher durch Automatisierung immer mehr ausgetrocknet wird, hatten Arbeitnehmer mit fehlender Erfahrung und Ausbildung bisher eine einzige Waffe zur Hand: die Möglichkeit, ihre tiefere Produktivität durch niedrigere Löhne zu kompensieren. Diesem Vorteil, welcher ihnen den Markteintritt, die Akkumulation von Arbeitserfahrung und die Steigerung ihrer Produktivität und Gehälter ermöglichte, würden durch die Massnahmen der SP jedoch verhindert.

Es kann somit argumentiert werden, dass Mindestlöhne im Kern eine Hürde darstellen. Kann ein potenzieller Arbeitnehmer sie nicht überspringen, so findet keine Anstellung statt.

Dies ist beileibe nicht nur ein ökonomisches Argument. Auch moralisch ist ein solches Arbeitsverbot für weniger Privilegierte verwerflich. Es ist ja nicht so, dass diejenigen Personen, welche heute zu einem tiefen Lohn arbeiten, viele Möglichkeiten haben, sich einfach einen besser bezahlten Job zu suchen. Oftmals stellt der niedrig bezahlte Job für sie

eben die beste verfügbare Alternative dar.

Es wird kaum die SP sein, welche die politische Verantwortung dafür übernimmt, wenn künftig die junge Mutter nach der Geburt des Kindes den Berufseinstieg nicht mehr findet oder der Student sich sein Studium im Nebenjob nicht mehr verdienen kann.

4.2 Kündigungen

Die Konsequenzen, welche einzelnen Arbeitnehmern im Rahmen des beschriebenen Kündigungsschutzes drohen, lassen sich ebenso auf die Wirtschaft als Ganzes übertragen.

Hatten Arbeitgeber bei Mitarbeitern über 55 (in Kombination mit mehr als 10 Jahren Berufserfahrung) die gleichen Massstäbe anzuwenden wie bei allen anderen Mitarbeitern, ist dies nun nicht mehr der Fall.

Aufgrund des erhöhten Risikos, welche solche Angestellte durch ihre bevorstehende Unkündbarkeit darstellen, sind sie nun als Ganzes zu einer Risikogruppe geworden. Während man sie bisher gleich behandeln konnte wie ihre Arbeitskollegen, ergibt es plötzlich Sinn gegen sie zu diskriminieren.

Wäre es vorgängig noch angebracht gewesen solche Mitarbeiter weiterhin zu beschäftigen, ist es nun ökonomisch reizvoller sie vorgängig zu entlassen; auch wenn sie zum Zeitpunkt der Entlassung sämtlichen Ansprüchen ihres Arbeitgebers entsprechen. Dies, da sie ein untragbares Risiko darstellen, sollte es der Firma in den kommenden Jahren plötzlich schlecht ergehen. Unabhängig davon, wie ökonomisch notwendig eine Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt wäre, müsste man den Mitarbeiter dennoch weiterhin beschäftigen und bezahlen.

5 Fazit

Die aufgezeigten Folgen der von der SP vorgeschlagenen Forderungen zeigen auf, welche Anreize geschaffen werden und wie menschliches Handeln auf einfachste Weise auf diese Anreize reagieren wird.

Hinsichtlich der reduzierten Arbeitszeiten und höheren Ferienansprüchen ist es als wahrscheinlich zu betrachten, dass die Preise in der Schweiz steigen werden. Dies würde zu einem Verlust an effektiver Kaufkraft führen, welcher den Warenkorb aller Einwohner entsprechend reduzieren würde. Wenig Begüterte müssten sich mit noch weniger durchschlagen und würden noch abhängiger von staatlicher Fürsorge.

Hinsichtlich des geforderten Mindestlohnes würden die genannten, bildungsschwachen Schichten der Bevölkerung aus dem Markt gedrängt. Sie müssten ihre Produktivität erst so weit steigern, dass sie mehr als CHF 22.00 für ein Unternehmen erwirtschaften können. Und selbst wenn es sich hierbei um Berufe handelt, welche für das Funktionieren einer Firma unabdingbar wären, würde so bloss der Anreiz geschaffen die Automatisierung solcher Berufe mit erhöhter Geschwindigkeit voranzutreiben. Waren es früher noch Menschen die

den Kunden in Supermärkten und Fastfood-Restaurants die Quittung in die Hand drückten, sind es heute vermehrt Computerbildschirme mit eingebauten Scannern.

Hinsichtlich des vorgeschlagenen Kündigungsschutzes würden alle Personen über 55, welche bald ihr zehnjähriges Firmenjubiläum feiern, einer höheren Gefahr ausgesetzt vorsorglich entlassen zu werden. Sie müssten notgedrungen eine neue Arbeitsstelle finden, damit die gesetzlichen Vorschriften sie nicht als ökonomisches Risiko brandmarken.

Die Totalität der Schlussfolgerungen gibt unabhängig von den verfolgten Zielen zu verstehen, dass die Forderungen der SP mit grosser Wahrscheinlichkeit zu höheren Preisen, mehr Armut und mehr Arbeitslosigkeit führen würden. Ab hier ist es am Leser zu entscheiden, ob dies für die Bevölkerung der Schweiz einen positiven Effekt darstellt.

6 Hintergründe

Sieht man sich die Forderungen der SP als Ganzes an, so zieht sich ein fundamentaler Denkfehler wie ein roter Faden durch die in dieser Analyse behandelten Massnahmen. Auch wenn sämtliche ihrer Forderungen an unterschiedlichen Stellen des Arbeitsverhältnisses anzusetzen scheinen, so stellen sie in ihrem Kern einen einzigen Fauxpas dar. Die SP scheint unter der Annahme zu agieren, dass die Preise, denen wir im täglichen Leben begegnen (sei es für Lebensmittel, Elektronikgeräte, usw.), unabhängig von äusseren Faktoren existieren. Entsprechend können sie arbiträr verändert werden, ohne dass sich eine Wechselwirkung zum Rest der Wirtschaft bemerkbar macht.

Dies entspricht leider nicht der herrschenden Realität.

Die Ökonomie befasst sich mit der effizienten Nutzung von begrenzten Ressourcen, welche alternative Verwendungszwecke haben.⁹ Damit wir Ressourcen so effizient wie möglich nutzen können, müssen wir jedoch über die Fähigkeit verfügen, den subjektiven Wert einer Ressource so genau wie möglich abzuschätzen. In dieser Hinsicht stellen Preise die wichtigste, wenn nicht die einzige Möglichkeit dar, wie Informationen über die subjektiven Bewertungen eines Gutes in einer vernetzten Gesellschaft übermittelt werden.

Wenn jemand einen Supermarkt betritt und bemerkt, dass sich der Preis für eine bestimmte Menge an Erdbeeren plötzlich verdoppelt hat, so stellen die Ziffern auf dem Preisschild wesentlich mehr dar als auf den ersten Blick erkennbar wäre. Diese Preiserhöhung teilt dem potenziellen Käufer mit, dass sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage verändert hat. Der höhere Preis signalisiert entweder einen Rückgang der Produktion oder eine Erhöhung der Nachfrage. Der gestiegene Preis ist eine direkte Reaktion auf diese veränderten Bedingungen, welche einen sparsameren Umgang der Konsumenten mit dem knapperen Gut zur Folge hat. Gleichzeitig wird die Tendenz in Gang gesetzt, Angebot und Nachfrage wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Der höhere Preis wird einerseits die Nachfrage dämpfen. Andererseits stellt die so geschaffene Aussicht auf höhere Einnahmen für existierende und potenzielle Marktteilnehmer einen Anreiz dar, mehr Erdbeeren zu produzieren. Steigt die Produktion dadurch, führt dies wiederum zu sinkenden Preisen. Dies geht so lange weiter, bis

⁹ Thomas Sowell, Basic Economics: A Common Sense Guide to the Economy (3rd edn, Basic Books 2007) 2

das Gleichgewicht wiederhergestellt ist.

Auch wenn wir das Entgelt für unsere Arbeitskraft als 'Lohn' oder 'Gehalt' bezeichnen, ist es dennoch ein Preis. Entsprechend ist auch der monatliche Gehaltscheck denselben Gesetzmässigkeiten unterworfen, welchen alle anderen begrenzten Ressourcen unterworfen sind. Der Ingenieur verdient nicht einzig aufgrund seiner Produktivität mehr als der Kassierer im Supermarkt. Der hohe Lohn des Ingenieurs ist auch hier ein Anreiz für alle Marktteilnehmer, ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auszugleichen. Es gibt zu wenig Ingenieure, aber bedeutend mehr Kassierer.

Steigende oder sinkende Löhne, in Verbindung mit den arbeitsbedingten Umständen hinsichtlich Sicherheit, Lohnnebenleistungen und sogar Prestige, kommunizieren sowohl existierenden wie auch zukünftigen Arbeitnehmern wo ihre Arbeitskraft am besten zum Einsatz kommen kann. Sie geben existierenden Arbeitnehmern den Anreiz sich weiter-, fort- oder gar umzubilden. Sie erhöhen die Attraktivität bestimmter Berufszweige für solche, die noch am Anfang ihres Berufslebens stehen. All dies dient dem Zweck, Arbeitskräfte in diejenigen Berufe umzuleiten wo sie am dringendsten benötigt werden.

Werden die Gehälter künstlich erhöht oder gesenkt, sei es in einzelnen Berufszweigen oder in der gesamten Wirtschaft, so verfälscht dies die Signale über die relative Knappheit verschiedener Arbeitskräfte und oder Kapitalgüter. Die Anreize, welche vorgängig genannt wurden, werden entsprechend abgeschwächt. So wird zwangsweise verhindert, dass Arbeitnehmer ihren Lohn dort beziehen, wo es für die Wirtschaft am effizientesten ist.

Die vorgeschlagenen Massnahmen der SP sind daher nicht bloss ungeeignet dem Wohl der Bevölkerung zu dienen, sondern verunmöglichen dem Markt ausserdem das korrekte Funktionieren. Ineffizienz und Verschwendung sind in solchen Fällen nie weit weg.

7 Nachwort

In ihrem Wirtschaftspapier bewerkstelligt die SP zwei Dinge, und dies mit einem hervorragenden Auge fürs Detail. Einerseits stellt sie Forderungen an die Wirtschaft. Andererseits proklamiert sie, dass die Erfüllung dieser Forderungen einen positiven Effekt haben werden.

Wichtig ist jedoch nicht, was die SP in ihrem Wirtschaftspapier ausführt, sondern was sie weggelassen hat. So sucht man vergeblich nach einer Erklärung dafür, wie die gestellten Forderungen die entsprechenden Effekte herbeizuführen sollen. Unterliegende Mechanismen und konkrete Abläufe fehlen gänzlich, was die Effektivität der vorgeschlagenen Massnahmen zumindest anzweifeln lässt.

Dies schliesst natürlich nicht aus, dass die SP dies nicht bedacht hat. Die in dieser Analyse gezeigten Handlungsabläufe, so vereinfacht sie auch sind, sind nachvollziehbar im Sinne von Ursache und Wirkung. Hat die SP eine ebenso schlüssige (oder schlüssigere) Argumentation, so sollte sie diese der Bevölkerung nicht vorenthalten.

Michel Molnar